

# **Bescheid**

## I. Spruch

1. Der U1 Tirol Medien GmbH (FN 161909b beim LG Innsbruck) werden gemäß § 10 Abs. 1 Z 4 und § 12 Abs. 1 Privatradiogesetz (PrR-G), BGBI. I Nr. 20/2001 idF BGBI. I Nr. 50/2010, iVm § 54 Abs. 3 Z 1 und Abs. 5 Telekommunikationsgesetz 2003 (TKG 2003), BGBI. I Nr. 70/2003 idF BGBI. I Nr. 102/2011, die in den Beilagen 1 und 2 beschriebenen Übertragungskapazitäten "LAENGENFELD 2 (Burgstein) 102,5 MHz" und "SOELDEN 3 (Rolandseck) 97,1 MHz" zur Erweiterung des mit Bescheid der KommAustria vom 11.04.2011, KOA 1.530/11-001, zugeteilten Versorgungsgebietes "Östliches Nordtirol und Teile des Tiroler Oberlandes", zuletzt geändert mit Bescheid der KommAustria vom 14.08.2012, KOA 1.530/12-013, zugeordnet. Die Beilagen 1 und 2 bilden einen Bestandteil des Spruchs dieses Bescheides.

Der Name des Versorgungsgebietes lautet nunmehr "Östliches Nordtirol, Teile des Tiroler Oberlandes sowie das Öztal". Es umfasst das östliche Nordtirol und Teile des Tiroler Oberlandes insbesondere die Gemeinden Ebbs im Bezirk Kufstein und Kössen im Bezirk Kitzbühel, die Gemeinde Imst im Bezirk Imst sowie die Gemeinden Schönwies, Zams und Landeck im Bezirk Landeck sowie aufgrund der gegenständlichen Erweiterung nunmehr auch die Gebiete rund um die Gemeinden Längenfeld und Sölden im Bezirk Imst, soweit diese Gebiete durch die insgesamt zugeordneten Übertragungskapazitäten versorgt werden können.

2. Der U1 Tirol Medien GmbH wird gemäß § 74 Abs. 1 Z 3 iVm § 81 Abs. 2 und 5 TKG 2003 iVm § 3 Abs. 1 und 2 PrR-G für die Dauer der aufrechten Zulassung gemäß dem Bescheid der KommAustria vom 11.04.2011, KOA 1.530/11-001, die Bewilligung zur Errichtung und zum Betrieb der in den technischen Anlageblättern (Beilagen 1 und 2) beschriebenen Funkanlagen zur Veranstaltung von Hörfunk erteilt.

Komm Austria BEIDER RUNDFUNK UND TELEKOM REGULIER UNGS-GMBH

- 3. Bis zum Abschluss der Koordinierungsverfahren gilt die Bewilligung gemäß Spruchpunkt 2. gemäß § 81 Abs. 6 TKG 2003 mit der Auflage, dass sie nur zu Versuchszwecken ausgeübt werden darf und jederzeit widerrufen werden kann.
- 4. Gemäß § 81 Abs. 6 TKG 2003 wird die Auflage erteilt, dass der Bewilligungsinhaber für den Fall von auftretenden Störungen, welche durch die Inbetriebnahme der Funkanlagen verursacht werden, geeignete Maßnahmen zu ergreifen hat, um diese Störungen umgehend zu beseitigen.
- 5. Mit dem positiven Abschluss der Koordinierungsverfahren entfallen die Auflagen gemäß den Spruchpunkten 3. und 4. Mit dem negativen Abschluss der Koordinierungsverfahren erlischt die Bewilligung gemäß Spruchpunkt 2.

# II. Begründung

## 1. Gang des Verfahrens

Mit Schreiben vom 16.07.2012, ergänzt mit Schreiben vom 25.07.2012, beantragte die U1 Tirol Medien GmbH die Zuordnung der Übertragungskapazitäten "LAENGENFELD 2 (Burgstein) 102,5 MHz" und "SOELDEN (Rolandseck) 97,1 MHz" zur Erweiterung ihres bestehenden Versorgungsgebietes "Östliches Nordtirol und Teile des Tiroler Oberlandes". Die KommAustria erteilte der Abteilung Rundfunkfrequenzmanagement (RFFM) der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR-GmbH) den Auftrag zur Prüfung der technischen Realisierbarkeit der beantragten technischen Konzepte. Am 02.08.2012 wurde der KommAustria seitens des Amtsachverständigen Thomas Janiczek per Aktenvermerk mitgeteilt, dass ein internationales Koordinierungsverfahren betreffend die beantragten Übertragungskapazitäten einzuleiten sei, vor dessen positivem Abschluss könne keine Aussage endgültige über die technische Realisierbarkeit der beantragten Übertragungskapazitäten getroffen werden.

Da der Amtssachverständigen Thomas Janiczek die Konzepte der Antragstellerin als technisch realisierbar angesehen hat, veranlasste die KommAustria am 07.11.2012 unter der GΖ KOA 1.530/12-016 die Ausschreibung der verfahrensgegenständlichen Übertragungskapazitäten zur Veranstaltung von Hörfunk nach dem Privatradiogesetz. Die Ausschreibung wurde gemäß § 13 Abs. 3 PrR-G auf bestehende Hörfunkveranstalter beschränkt. Gemäß § 13 Abs. 2 PrR-G erfolgte die Ausschreibung im "Amtsblatt zur Wiener Zeitung" und durch Bekanntmachung in den weiteren österreichischen Tageszeitungen "Der Standard" und "Die Presse" sowie (gemeinsam mit den technischen Anlageblättern und dem Merkblatt für Anträge nach dem Privatradiogesetz) auf der Website der Regulierungsbehörde (http://www.rtr.at). Das Ende der Ausschreibungsfrist für das Einlangen von Anträgen wurde mit 09.01.2013, 13:00 Uhr, festgelegt.

Die Antragstellerin wurde mit Schreiben vom 07.11.2012 über die Ausschreibung informiert. Mit Schreiben vom 06.12.2012, bei der KommAustria am selben Tag eingelangt, wiederholte die U1 Tirol Medien GmbH ihren Antrag auf Zuordnung der verfahrensgegenständlichen Übertragungskapazitäten zur Erweiterung ihres bestehenden Versorgungsgebietes.

Innerhalb der Ausschreibungsfrist wurden keine weiteren Anträge auf Zuordnung der verfahrensgegenständlichen Übertragungskapazitäten gestellt.

Mit Schreiben vom 14.01.2013 wurde die Tiroler Landesregierung um eine Stellungnahme gemäß § 23 PrR-G ersucht. Die Tiroler Landesregierung äußerte sich mit Schreiben vom

17.01.2013 dahingehend, dass sie keinerlei Einwendungen gegen eine Zuordnung der verfahrensgegenständlichen Übertragungskapazitäten an die U1 Tirol Medien GmbH habe.

Die Stellungnahme der Tiroler Landesregierung wurde der U1 Tirol Medien GmbH mit Schreiben der KommAustria vom 22.01.2013 übermittelt.

## 2. Entscheidungsrelevanter Sachverhalt

Aufgrund des Antrags sowie des durchgeführten Ermittlungsverfahrens steht folgender entscheidungsrelevanter Sachverhalt fest:

## 2.1. Verfahrensgegenständliche Übertragungskapazitäten

Die von der Antragstellerin vorgelegten und beantragten technischen Konzepte sind fernmeldetechnisch realisierbar, wobei das internationale Koordinierungsverfahren hinsichtlich der Übertragungskapazitäten "LAENGENFELD 2 (Burgstein) 102,5 MHz" und "SOELDEN (Rolandseck) 97,1 MHz" insofern noch nicht abgeschlossen ist, als bisher noch keine Eintragung im Genfer Plan 1984 erfolgt ist. Es ist daher für beide Übertragungskapazitäten vorerst nur eine Bewilligung im Rahmen eines Versuchsbetriebs gemäß Punkt 15.14 der VO-Funk möglich.

Mit der beantragten Übertragungskapazität "LAENGENFELD 2 (Burgstein) 102,5 MHz" lassen sich 4.500 Einwohner und mit der beantragten Übertragungskapazität "SOELDEN (Rolandseck) 97,1 MHz" 2.500 Einwohner versorgen. Es ist zudem ein lückenloser Anschluss an das durch den für die frequenztechnischen Berechnungen maßgeblichen Sender "HAIMING (Haiminger Alm) 106,8 MHz" versorgte Gebiet möglich. Ein lückenloser Anschluss an das Versorgungsgebiet "Östliches Nordtirol und Teile des Tiroler Oberlandes" ist daher gegeben. Die durch eine Zuordnung der gegenständlichen Übertragungskapazitäten entstehende Doppelversorgung beträgt ca. 1.000 Einwohner und ist für eine durchgehende Versorgung des Gebietes notwendig und daher technisch unvermeidbar.

Mit der Übertragungskapazität "LAENGENFELD 2 (Burgstein) 102,5 MHz" lässt sich insbesondere das Gebiet entlang der Ötztalstraße rund um die Gemeinde Längenfeld im Bezirk Imst und mit der Übertragungskapazität "SOELDEN (Rolandseck) 97,1 MHz" insbesondere das Gebiet entlang der Ötztalstraße rund um die Gemeinde Sölden im Bezirk Imst versorgen. Die durch die Übertragungskapazitäten versorgten Gebiete entlang der Ötztalstraße liegen im Öztal in Tirol.

### 2.2. Antragstellerin

#### 2.2.1. Gesellschaftsstruktur und Beteiligungen

Die U1 Tirol Medien GmbH ist eine zu FN 161909b beim Landesgericht Innsbruck eingetragene Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Schwaz und einem zur Gänze einbezahlten Stammkapital in der Höhe von EUR 1.000.000,-. Gesellschafter der U1 Tirol Medien GmbH sind:

- zu 21,77 % die Senderbetriebs- und Standortbereitstellungs GmbH,
- zu 20 % die Moser Holding Beteiligung GmbH,
- zu 11,7 % die Oberholzer Steuerberatungs- und Beteiligungs GmbH,
- zu 10,27 % die Bergbahnen Skizentrum Hochzillertal Gesellschaft m.b.H. & Co. Kommanditgesellschaft,
- zu 9,97 % Franz Hörhager,
- zu 5,2 % die Ing. Hans Lang Gesellschaft m.b.H.,
- zu 4,33 % die Skiliftgesellschaft Hochfügen, Gesellschaft m.b.H.,

- zu 4,33 % die A.H. Beteiligungs-Holding Gesellschaft m.b.H.,
- zu 2,5 % Engelbert Braun,
- zu 2,5 % die Purzelbaum Handels-Ges.m.b.H.,
- zu 1,9 % die Stern-Druck Gesellschaft m.b.H.,
- zu 1,73 % Christian Rauch,
- zu 1,5 % Walter Mayer,
- zu 0,685 % Franz Wallner,
- zu 0,545 % die Richard Rieder Privatstiftung,
- zu 0,375 % die Bergbahn Scheffau am Wilden Kaiser Gesellschaft m.b.H. & Co. KG.,
- zu 0,375 % Bruno Holzknecht und
- zu 0,32 % Carina Hörl.

Die Moser Holding Beteiligung GmbH ist zu 5,48 % an der Lokalradio Innsbruck GmbH (FN 160418i beim Landesgericht Innsbruck) beteiligt, die aufgrund des Bescheides des Bundeskommunikationssenates vom 25.11.2005, GZ 611.142/0001-BKS/2005, über eine Zulassung für das Versorgungsgebiet "Innsbruck und Tiroler Unterland" verfügt.

## 2.2.2. Bisherige Tätigkeit als Rundfunkveranstalterin in Österreich

Die U1 Tirol Medien GmbH ist aufgrund des Bescheides der KommAustria vom 11.04.2011, KOA 1.530/11-001, Inhaberin einer Zulassung zur Veranstaltung eines Hörfunkprogramms im Versorgungsgebiet "Östliches Nordtirol und Teile des Tiroler Oberlandes" für die Dauer von zehn Jahren ab 21.06.2011.

Die U1 Tirol Medien GmbH betreibt aufgrund dieses Zulassungsbescheides die Sender:

- "ACHENKIRCH 2 (Reiterhof) 104,1 MHz",
- "GERLOS 2 (Gerlosberg PTA RIFU Station) 103,7 MHz",
- "HAIMING (Haiminger Alm) 106,8 MHZ",
- "HINTERTUX (Hintertux Talstation) 89,2 MHz",
- "INNSBRUCK 6 (Schlotthof) 97,0 MHz",
- "INZING 2 (Stieglreith) 94,2 MHz",
- "JENBACH 2 (Larchkopf) 89,2 MHz",
- "KITZBUEHL 3 (Hahnenkamm Bergstation) 106,0 MHz",
- "KUFSTEIN 2 (Thierberg) 102,6 MHz",
- "MAYRHOFEN 3 (Ahorn-Panorama Funkstation) 102,6 MHz",
- "PAISSLBERG (Paisslberg 8) 88,9 MHz",
- "S JOHANN TIR (Harschbichl) 87,7 MHz",
- "SCHWAZ 2 (Heuberg) 100,2 MHz",
- "WATTENS 4 (Volderberg) 100,5 MHz",
- "WILDSCHOENAU 2 (Oberau 33) 93.8 MHz" und
- "WOERGL 4 (Werlberg) 101,0 MHz".

Mit Bescheid der KommAustria vom 11.10.2011, KOA 1.530/11-010, wurden der U1 Tirol Medien GmbH die Übertragungskapazitäten "EBBS 2 (Orange Mast) 103,7 MHz" und "KOESSEN 2 (Orange Mast) 105,4 MHz" zur Erweiterung der Versorgung in ihrem Versorgungsgebiet rechtskräftig zugeordnet.

Mit Bescheid der KommAustria vom 14.08.2012, KOA 1.530/12-013, wurden der U1 Tirol Medien GmbH die Übertragungskapazitäten "IMST 3 (Osterstein Arzl) 95,0 MHz" und "LANDECK 3 (Krahberg Bergstation) 101,6 MHz" zur Erweiterung der Versorgung in ihrem Versorgungsgebiet rechtskräftig zugeordnet.

Mit den bisher rechtskräftig zugeordneten Übertragungskapazitäten versorgt die U1 Tirol Medien GmbH in ihrem Versorgungsgebiet das östliche Nordtirol und Teile des Tiroler

Oberlandes insbesondere auch die Gemeinden Ebbs im Bezirk Kufstein, Kössen im Bezirk Kitzbühel, Imst im Bezirk Imst sowie die Gemeinden Schönwies, Zams und Landeck im Bezirk Landeck.

Die Antragstellerin veranstaltet dort unter dem Namen "Radio U1 Tirol" ein 24 Stunden Vollprogramm. Das Musikprogramm ist ausgerichtet auf die Musikrichtungen Oldies, Evergreen, Schlager, Volksmusik und volkstümliche Musik und bodenständige Musik von lokalen Interpreten aus dem Sendegebiet. Das Verhältnis des Musikprogramms zum Wortprogramm (ohne Werbung) ist im Durchschnitt etwa 60:40. Im Vordergrund der Berichterstattung stehen neben Beiträgen aus Kultur, Politik, Wirtschaft und Sport auch Berichte über volkstümliche Veranstaltungen, Künstler mit einem starken Lokalbezug und CD-Neuerscheinungen aus dem musikalischen Umfeld.

Die U1 Tirol Medien GmbH beantragte die Zuordnung der verfahrensgegenständlichen Übertragungskapazitäten zur Erweiterung des bestehenden Versorgungsgebietes "Östliches Nordtirol und Teile des Tiroler Oberlandes".

## 2.3. Kriterien gemäß § 10 Abs. 1 Z 4 PrR-G

Die Antragstellerin versorgt unter anderem durch die ihr rechtskräftig zugeordnete Übertragungskapazität "HAIMING (Haiminger Alm) 106,8 MHz" Teile des unter anderem die Bezirke Imst und Landeck umfassenden Tiroler Oberlandes. Das nunmehr beantragte Gebiet liegt im Öztal und umfasst die Gebiete entlang der Öztalstraße rund um die Gemeinden Längenfeld und Sölden im Bezirk Imst. Eine Erweiterung des Versorgungsgebietes ermöglicht die Verbindung dieser Gemeinden im Bezirk Imst und die Versorgung der dort lebenden Bevölkerung mit einem privaten Hörfunkprogramm, das sich in seinem Programm insbesondere auch der Bevölkerung im Bezirk Imst widmet. Vor dem Hintergrund der geographischen Nähe der beantragten Gebiete zum bestehenden Versorgungsgebiet besteht jedenfalls ein politischer Zusammenhang der Gebiete. Darüber hinaus besteht ein Zusammenhang mit dem bestehenden Versorgungsgebiet der Antragstellerin, der sich auf kultureller und sozialer Ebene zeigt, insbesondere durch den bestehenden gemeinsamen Lebensraum der Bevölkerung im Bezirk Imst. Im Zuge einer Erweiterung des Versorgungsgebietes in südlicher Richtung lässt sich zudem die Wirtschaftlichkeit des Senders durch die hinzukommende Reichweite weiter verbessern.

### 2.4. Stellungnahme der Landesregierung

Die Tiroler Landesregierung hat sich mit Schreiben vom 17.01.2013 dahingehend geäußert, dass sie gegen eine Zuordnung der verfahrensgegenständlichen Übertragungskapazitäten an die U1 Tirol Medien GmbH keine Einwendungen habe.

## 3. Beweiswürdigung

Die Feststellungen ergeben sich aus dem glaubwürdigen Antragsvorbringen, den zitierten Akten der KommAustria und den schlüssigen Gutachten des Amtssachverständigen Thomas Janiczek vom 02.08.2012 und 09.10.2012. Die Feststellungen zur Gesellschaftsstruktur ergeben sich aus dem offenen Firmenbuch.

#### 4. Rechtliche Beurteilung

## 4.1. Behördenzuständigkeit

Gemäß § 31 Abs. 2 PrR-G werden die Aufgaben der Regulierungsbehörde nach dem Privatradiogesetz von der KommAustria wahrgenommen.

#### 4.2. Gesetzliche Grundlagen

Gemäß § 10 Abs. 1 PrR-G hat die Regulierungsbehörde die drahtlosen terrestrischen Übertragungskapazitäten nach Frequenz und Standort dem Österreichischen Rundfunk und den privaten Hörfunkveranstaltern unter Berücksichtigung der topographischen Verhältnisse, der technischen Gegebenheiten und der internationalen fernmelderechtlichen Verpflichtungen Österreichs nach Maßgabe und in der Reihenfolge folgender Kriterien zuzuordnen:

"4. darüber hinaus verfügbare Übertragungskapazitäten sind auf Antrag entweder für die Erweiterung bestehender Versorgungsgebiete heranzuziehen oder die Schaffung neuer Versorgungsgebiete zuzuordnen. Bei dieser Auswahl ist auf die Meinungsvielfalt in einem Verbreitungsgebiet, die Bevölkerungsdichte, die Wirtschaftlichkeit der Hörfunkveranstaltung sowie auf politische, soziale, kulturelle Zusammenhänge Bedacht zu nehmen. Für die Erweiterung ist Voraussetzung, dass durch die Zuordnung ein unmittelbarer Zusammenhang mit dem bestehenden Versorgungsgebiet gewährleistet ist. Für die Schaffung eines neuen Versorgungsgebietes muss gewährleistet sein, dass den Kriterien des § 12 Abs. 6 entsprochen wird."

Nach § 10 Abs. 2 PrR-G sind Doppel- und Mehrfachversorgungen nach Möglichkeit zu vermeiden.

Erweist sich nach Prüfung durch die Regulierungsbehörde die beantragte Zuordnung von Übertragungskapazitäten zur Erweiterung eines bestehenden Versorgungsgebietes als fernmeldetechnisch realisierbar, so hat die Regulierungsbehörde nach § 12 Abs. 3 Z 3 und Abs. 5 PrR-G in der Regel eine Ausschreibung gemäß § 13 Abs. 1 Z 3 PrR-G vorzunehmen.

Gemäß § 13 Abs. 1 Z 3 PrR-G hat eine Ausschreibung von Übertragungskapazitäten bei Vorliegen eines fernmeldetechnisch realisierbaren Antrags auf Erweiterung eines bestehenden oder Schaffung eines neuen Versorgungsgebietes stattzufinden, sofern die Übertragungskapazitäten nicht durch Verordnung gemäß § 10 Abs. 3 PrR-G zur Schaffung neuer Versorgungsgebiete reserviert werden.

Nach § 13 Abs. 2 PrR-G hat die Regulierungsbehörde dabei die verfügbaren Übertragungskapazitäten im "Amtsblatt zur Wiener Zeitung" und durch Bekanntmachung in weiteren österreichischen Tageszeitungen und in sonstiger geeigneter Weise auszuschreiben und dabei eine mindestens zweimonatige Frist zu bestimmen, innerhalb derer Anträge auf Zuordnung der Übertragungskapazität zu einem bestehenden Versorgungsgebiet oder auf Zulassung zur Veranstaltung von Hörfunk im ausgeschriebenen Versorgungsgebiet nach dem PrR-G gestellt werden können.

Nach § 13 Abs. 3 PrR-G kann die Ausschreibung gemäß § 13 Abs. 1 Z 3 PrR-G auf bestehende Hörfunkveranstalter zur Erweiterung bestehender Versorgungsgebiete beschränkt werden, wenn sich der der Ausschreibung zugrunde liegende Antrag auf die Erweiterung eines bestehenden Versorgungsgebietes richtet und die beantragte Übertragungskapazität eine technische Reichweite von weniger als 50.000 Personen aufweist. In diesem Fall kann die Bekanntmachung gemäß § 13 Abs. 2 PrR-G durch direkte Verständigung der betreffenden Hörfunkveranstalter ersetzt werden.

Gemäß § 23 Abs. 2 PrR-G ist den betroffenen Landesregierungen zu Anträgen gemäß § 12 PrR-G Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, soweit sich die Anträge auf die Schaffung eines neuen Versorgungsgebietes oder die Erweiterung eines bestehenden Versorgungsgebietes beziehen. Den Landesregierungen ist für diese Stellungnahme eine Frist von vier Wochen einzuräumen (Abs. 3).

#### 4.3. Beschränkte Ausschreibung nach § 13 Abs. 3 PrR-G

Die U1 Tirol Medien GmbH beantragte die Zuordnung der Übertragungskapazitäten "LAENGENFELD 2 (Burgstein) 102,5 MHz" und "SOELDEN (Rolandseck) 97,1 MHz" zum bestehenden Versorgungsgebiet "Östliches Nordtirol und Teile des Tiroler Oberlandes". Die Zuordnung dieser Übertragungskapazitäten an die U1 Tirol Medien GmbH führt zu einer Erweiterung des bestehenden Versorgungsgebiets der Antragstellerin.

Aufgrund der im Fall der Zuordnung an die U1 Tirol Medien GmbH entstehenden Erweiterung ihres bestehenden Versorgungsgebiets und der Tatsache, dass die technische Reichweite der beantragten Übertragungskapazitäten zwischen jeweils 4.500 bzw. 2.500 Einwohnern deutlich unter 50.000 Einwohnern liegt, hat die Behörde von der Möglichkeit des § 13 Abs. 3 PrR-G Gebrauch gemacht und die Ausschreibung der verfahrensgegenständlichen Übertragungskapazitäten auf bestehende Hörfunkveranstalter beschränkt.

Die Bekanntmachung nach § 13 Abs. 2 PrR-G erfolgte – neben der Ausschreibung im "Amtsblatt zur Wiener Zeitung" – durch Bekanntmachung in den Tageszeitungen "Der Standard" und "Die Presse" sowie auf der Website der RTR-GmbH.

Im Zuge des Ausschreibungsverfahrens nach § 13 PrR-G wurde kein weiterer Antrag auf Zuordnung dieser Übertragungskapazitäten gestellt. Ein Auswahlverfahren zwischen verschiedenen Antragstellern kommt damit nicht in Betracht.

### 4.4. Zum Antrag auf Zuordnung der gegenständlichen Übertragungskapazitäten

Der Antrag der U1 Tirol Medien GmbH auf Zuordnung der gegenständlichen Übertragungskapazitäten richtet sich auf Erweiterung des bestehenden Versorgungsgebietes Durch die Zuordnung der verfahrensgegenständlichen Richtung. Übertragungskapazitäten kann das derzeit durch die U1 Tirol Medien GmbH versorgte Gebiet "Östliches Nordtirol und Teile des Tiroler Oberlandes" erweitert werden. Zwischen dem bestehenden Versorgungsgebiet und dem von den beantragten Übertragungskapazitäten versorgten Gebiet besteht ein unmittelbarer Zusammenhang. Die dabei entstehende Doppelversorgung ist technisch nicht vermeidbar und ist überdies zur durchgängigen bzw. lückenlosen Versorgung erforderlich.

Es ist ferner davon auszugehen, dass eine Zuordnung der beantragten Übertragungskapazitäten den zweifellos zum bestehenden Versorgungsgebiet gegebenen politischen, kulturellen und sozialen Zusammenhängen Rechnung trägt. Dazu konnte die Antragstellerin auch glaubhaft Beispiele darlegen. Ebenso ist durch eine Vergrößerung der technischen Reichweite eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit für den Sendebetrieb zu erwarten. Somit liegen die Voraussetzungen für eine Zuordnung nach § 10 Abs. 1 Z 4 iVm § 12 Abs. 1 PrR-G vor.

Eine gesonderte Prüfung der Voraussetzungen der §§ 7 bis 9 PrR-G nach § 5 Abs. 2 Z 2 PrR-G, die sich vor allem auf Anträge auf Erteilung einer Zulassung beziehen, ist nicht erfolgt. Die Prüfung dahingehend, ob die Voraussetzungen der §§ 7 bis 9 PrR-G vorliegen, erfolgte bei der Antragstellerin bereits bei der Erstzulassung. Darüber hinaus ist im Verfahren auch nicht hervor gekommen, dass die Antragstellerin den §§ 7 bis 9 PrR-G nicht mehr entsprechen würde. Auch § 28 PrR-G, wonach Hörfunkveranstalter stets den §§ 7 bis 9 PrR-G zu entsprechen haben, ist daher genüge getan.

Ebenso wenig ist in einem Verfahren zur Zuordnung von Übertragungskapazitäten zur Erweiterung bestehender Versorgungsgebiete die Glaubhaftmachung der fachlichen, finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen nach § 5 Abs. 3 PrR-G, der sich nur auf Anträge auf Erteilung einer Zulassung bezieht, erforderlich.

### 4.5. Stellungnahme der Tiroler Landesregierung

Die Tiroler Landesregierung äußerte sich in ihrer Stellungnahme gemäß § 23 PrR-G dahingehend, dass sie keine Einwände gegen den Antrag der U1 Tirol Medien GmbH auf Zuordnung der verfahrensgegenständlichen Übertragungskapazitäten habe. Somit erfolgt die Zuordnung der verfahrensgegenständlichen Übertragungskapazitäten auch nicht entgegen der Stellungnahme der betroffenen Landesregierung.

## 4.6. Neufestlegung des Versorgungsgebietes

Gemäß § 3 Abs. 2 PrR-G sind in der Zulassung auch das Versorgungsgebiet festzulegen und die Übertragungskapazitäten zuzuordnen.

Das Versorgungsgebiet ist gemäß § 2 Z 3 PrR-G als jener geografische Raum definiert, der in der Zulassung durch Angabe der Übertragungskapazitäten sowie der zu versorgenden Gemeindegebiete umschrieben wird. Das Versorgungsgebiet wird damit wesentlich bestimmt durch die im Spruch (Spruchpunkt 1) festgelegten und die bereits früher zugeordneten Übertragungskapazitäten. Mit anderen Worten: Jenes Gebiet, das mit diesen Übertragungskapazitäten in einer "Mindestempfangsqualität" (RV 401 BlgNR XXI. GP, S 14: "zufrieden stellende durchgehende Stereoversorgung") versorgt werden kann, stellt das Versorgungsgebiet dar. Konstituierendes Element des Versorgungsgebiets ist daher die Zuordnung der Übertragungskapazitäten, aus denen sich entsprechend der physikalischen Gesetzmäßigkeiten der Funkwellenausbreitung in der speziellen topografischen Situation die versorgten Gebiete ableiten lassen.

Durch die Zuordnung der beantragten Übertragungskapazitäten wurde das Versorgungsgebiet "Östliches Nordtirol und Teile des Tiroler Oberlandes" erweitert. Es ist daher die Zulassung abzuändern und das Versorgungsgebiet neu festzulegen, wobei durch die entstehende Erweiterung in das Öztal auch eine Änderung des Gebietsnamens erforderlich wurde. Aus diesem Grund wird das Zulassungsgebiet der U1 Tirol Medien GmbH mit rechtskräftiger Zuordnung der beantragten Übertragungskapazitäten "LAENGENFELD 2 (Burgstein) 102,5 MHz" und "SOELDEN (Rolandseck) 97,1 MHz" wie in Spruchpunkt 1. ersichtlich umbenannt.

#### 4.7. Befristung

Im vorliegenden Fall der Erweiterung eines bestehenden Versorgungsgebietes bleibt die Zulassungsdauer unverändert. Eine Ausübung der mit diesem Bescheid erteilten Berechtigungen über die Dauer der rundfunkrechtlichen Zulassung hinaus kommt nicht in Betracht. Es war daher auch die fernmelderechtliche Bewilligung an die für das bestehende Versorgungsgebiet erteilte Zulassung zu knüpfen.

### 4.8. Auflagen hinsichtlich des zu führenden Koordinierungsverfahrens

Die technische Prüfung des Antrags hat ergeben, dass die beantragten technischen Parameter der verfahrensgegenständlichen Übertragungskapazitäten noch nicht entsprechend koordiniert waren. Daher wurden von der Behörde Koordinierungsverfahren eingeleitet. Hinsichtlich der Übertragungskapazitäten "LAENGENFELD 2 (Burgstein) 102,5 MHz" und "SOELDEN (Rolandseck) 97,1 MHz" ist das internationale Koordinierungsverfahren insofern noch nicht abgeschlossen, als bisher noch keine Eintragung im Genfer Plan 1984 erfolgt ist. Vor diesem Hintergrund kann derzeit im Hinblick auf beide Übertragungskapazitäten nur ein Versuchsbetrieb bis auf Widerruf bewilligt werden.

Im Falle eines positiven Abschlusses der Koordinierungsverfahren fällt die Einschränkung der Bewilligung auf Versuchszwecke weg. Im Falle des negativen Abschlusses der Koordinierungsverfahren erlischt die entsprechende Bewilligung.

Gemäß § 81 Abs. 6 TKG 2003 kann die Behörde mit Bedingungen und Auflagen Verpflichtungen, deren Einhaltung nach den Umständen des Falles für den Schutz des Lebens oder der Gesundheit von Menschen, zur Vermeidung von Sachschäden, zur Einhaltung internationaler Verpflichtungen, zur Sicherung des ungestörten Betriebes anderer Fernmeldeanlagen oder aus sonstigen technischen oder betrieblichen Belangen geboten erscheint, auferlegen.

Von dieser Möglichkeit hat die Behörde Gebrauch gemacht. Nach Abschluss der Koordinierungsverfahren können die erteilten Auflagen entfallen.

Es war daher spruchgemäß zu entscheiden.

## III. Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid steht der Partei dieses Verfahrens das Rechtsmittel der Berufung offen. Die Berufung ist binnen zwei Wochen nach Zustellung dieses Bescheides schriftlich, telegraphisch, fernschriftlich, im Wege automationsunterstützter Datenübertragung oder in jeder anderen technisch möglichen Weise bei der Behörde, die diesen Bescheid erlassen hat, einzubringen. Die Berufung hat den Bescheid, gegen den sie sich richtet, zu bezeichnen und einen begründeten Berufungsantrag zu enthalten.

Gemäß § 39 KommAustria-Gesetz hat die rechtzeitig eingebrachte Berufung abweichend von § 64 Abs. 1 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 (AVG) keine aufschiebende Wirkung. Der Bundeskommunikationssenat kann die aufschiebende Wirkung auf Antrag zuerkennen, wenn nach Abwägung aller berührten Interessen mit dem Vollzug des Bescheides oder mit der Ausübung der mit dem Bescheid eingeräumten Berechtigungen für den Berufungswerber ein unverhältnismäßiger Nachteil verbunden wäre.

Wien, am 18. Februar 2013

Kommunikationsbehörde Austria

Dr. Susanne Lackner (Mitglied)

#### Zustellverfügung:

1. U1 Tirol Medien GmbH, Tannenberggasse 2, 6130 Schwaz, per Rsb

#### zur Kenntnis in Kopie:

- 2. Fernmeldebüro für Tirol und Vorarlberg, **per E-Mail**
- 3. Oberste Fernmeldebehörde/Frequenzbüro, per E-Mail
- 4. RFFM im Hause

# Beilage 1 zum Bescheid KOA 1.530/13-005

1	Name der Fur	nkstelle			LAENGENFELD 2					
2	Standort				Burgstein					
3	Lizenzinhaber				U1 Tirol Medien GmbH					
4	Senderbetreib	er			w.o.					
5	Sendefrequen	z in MHz			102,50					
6	Programmnar	ne			U1 Tirol					
7	Geographisch	e Koordinaten	(Länge und E	Breite)	010E58 08 47N03 26 WGS84					
8	Seehöhe (Höh	ne über NN) in	m		1421					
9	Höhe des Ant	ennenschwerp	ounktes in m ü	ber Grund	14					
10	Senderausgar	ngsleistung in	dBW		20,3					
-	Maximale Stra			W (total)	20,0					
-	gerichtete Ant			` '	D					
-	Erhebungswin				-0,0°					
	Vertikale Halb				+/-51,0°					
-	Polarisation	31.021010(11)	0.44 17		Horizontal					
	Strahlungsdia	aramm hai Pia	htantenne /El	RP)	Tionzontal					
10	Grad	0	10	20	30	40	50	1		
	dBW H	19,9	19,2	18,0	15,6	12,9	10,0			
	dBW V	10,0	10,2	10,0	10,0	12,0	10,0			
	Grad	60	70	80	90	100	110			
	dBW H	5,6	-1,5	-12,9	-1,5	5,6	10,0			
	dBW V		.,,	:=,0	.,c	1 0,0	10,0	1		
	Grad	120	130	140	150	160	170	1		
	dBW H	12,9	15,6	18,0	19,2	19,9	20,0			
	dBW V	·	,	ĺ	,					
	Grad	180	190	200	210	220	230	1		
	dBW H	19,9	19,2	18,0	15,6	12,9	10,0			
	dBW V									
	Grad	240	250	260	270	280	290	1		
	dBW H	5,6	-1,5	-12,9	-1,5	5,6	10,0			
	dBW V									
	Grad	300	310	320	330	340	350	. I		
	dBW H	12,9	15,6	18,0	19,2	19,9	20,0			
Ш	dBW V									
17		rät muss dem 34/2001 idgF, (		z über Funkanla	agen und Telek	ommunikations	sendeinrichtung	en (FTEG),		
18	RDS - PI Code				Land	Bereich	Programm			
		EN 60406 A=	nov D	lokal	_	A hex	54 hex			
10	gem. EN 62106 Annex D überregional									
		Technische Bedingungen für:  Monoaussendungen: ITU-R BS.450-2 Abschnitt 1 Stereoaussendungen: ITU-R BS.450-2 Abschnitt 2.2  Mono- und Stereoaussendungen: ITU-R BS.412-9 Abschnitt: 2.5  RDS - Zusatzsignale: EN 62106								
20		Art der Programmzubringung Ballempfang Haiminger Alm 106.8 MHz (bei Ballempfang Muttersender und Frequenz)								
21	,	/ersuchsbetrieb gem. 15.14 VO-Funk ja O nein Zutreffendes ankreuzen								
22	2 Bemerkungen									

# Beilage 2 zum Bescheid KOA 1.530/13-005

1	Name der Fur	nkstelle			SOELDEN 3					
2	Standort				Rolandseck					
3	Lizenzinhaber				U1 Tirol Medien GmbH					
4	Senderbetreib	er			w.o.					
5	Sendefrequen	z in MHz			97,10					
6	Programmnan	ne			U1 Tirol					
7	Geographisch	e Koordinaten	(Länge und E	Breite)	011E00 20 46N58 08 WGS84					
	<u> </u>		`	,	1412	<u> </u>				
9	Höhe des Anto	ennenschwerp	unktes in m ü	ber Grund	20					
	Senderausgar				16,5					
	Maximale Stra			W (total)	17,0					
	gerichtete Ant		, , <u>,</u>	( )	D					
-	Erhebungswin		-		-0,0°					
	Vertikale Halb				+/-38,0°					
	Polarisation				Vertikal					
$\vdash$	Strahlungsdia	gramm bei Ric	htantenne (FI	RP)	T OT CITICAL					
	Grad	0	10	20	30	40	50	1		
	dBW H	-	-					1		
	dBW V	15,2	15,8	16,3	16,6	16,8	16,9	1		
	Grad	60	70	80	90	100	110	1		
	dBW H									
	dBW V	16,9	16,9	17,0	16,9	16,9	16,9	1		
	Grad	120	130	140	150	160	170			
	dBW H									
	dBW V	16,8	16,6	16,3	15,8	15,2	14,4	-		
	Grad	180	190	200	210	220	230			
	dBW H									
	dBW V	13,4	12,4	11,3	10,3	9,5	9,0			
	Grad	240	250	260	270	280	290			
	dBW H									
	dBW V	8,8	8,8	8,8	8,8	8,8	9,0			
	Grad	300	310	320	330	340	350	4		
	dBW H		46.5		45 :	46.		4		
	dBW V	9,5	10,3	11,3	12,4	13,4	14,4	(FTE 0)		
17		rat muss dem 34/2001 idgF, (		z uber Funkania	agen und Teleko	ommunikations	sendeinrichtung	en (FTEG),		
18	RDS - PI Code	Э			Land	Bereich	Programm			
		<b>=</b> 11.0-1-1-1	_	lokal		A hex	54 hex			
		EN 62106 Ani		überregional		hex	hex	L		
	Technische Bedingungen für:  Monoaussendungen: ITU-R BS.450-2 Abschnitt 1 Stereoaussendungen: ITU-R BS.450-2 Abschnitt 2.2  Mono- und Stereoaussendungen: ITU-R BS.412-9 Abschnitt: 2.5  RDS - Zusatzsignale: EN 62106									
20		t der Programmzubringung Audiocast ei Ballempfang Muttersender und Frequenz)								
21		uchsbetrieb gem. 15.14 VO-Funk ja O nein Zutreffendes ankreuzen								
22	Bemerkungen									